



German Middle East Studies Association
Deutsche Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient

An:

Fachreferentin Literatur und Philosophie im Kulturamt Neda Pouryekta

Amtsleiter Kulturamt Marc Gegenfurtner

Kulturbürgermeister Dr. Fabian Meyer

Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper

Gesendet per Email

12. März 2026

Sehr geehrte Frau Pouryekta,

Sehr geehrter Herr Gegenfurtner,

Sehr geehrter Herr Meyer,

Sehr geehrter Herr Nopper,

wir wenden uns als Gremium für Wissenschaftsfreiheit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient (DAVO) an Sie. Das Gremium hat den Auftrag, die akademische Freiheit in Forschung, Studium und Lehre der gegenwartsbezogenen Forschung zum Nahen und Mittleren Osten im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus, einschließlich der Einrichtungen im Nahen und Mittleren Osten, zu beobachten und zu verteidigen.

Wir schreiben Ihnen, nachdem wir erfahren haben, dass die Stadt Stuttgart die bereits bewilligten Fördermittel aus dem Bereich Literatur und Philosophie in Höhe von 15.000 Euro für das wissenschaftliche Symposium „Zur Kritik der Freiheit und ihrer Repression in liberalen Demokratien“ (13.-15. März 2026 an der Kunstakademie Stuttgart) nach einer Intervention seitens der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zurückfordert (<https://www.wkv-stuttgart.de/programm/2026/veranstaltungen/spenden/>).

Unseren Informationen zufolge hat die Stadt Stuttgart das Konzept der Tagung sorgfältig geprüft und auf dieser Grundlage die Förderungszusage erteilt. Die Stadt engagiert sich richtiger- und wichtigerweise aktiv und sichtbar gegen Antisemitismus („Stuttgart aktiv gegen Antisemitismus“). Umso erstaunter sind wir über den Vorwurf im offenen Brief der DIG Stuttgart, die Stadt unternehme nicht genug gegen diese Form von Rassismus. Irritiert hat uns zudem die Aussage, dass die Förderung der Tagung zur Relativierung von Antisemitismus beitrage. Wir sehen die geplante Tagung hingegen als eine wichtige Chance für einen offenen Austausch darüber, wie allen – und insbesondere solchen – Formen von Menschenfeindlichkeit wirksam entgegengetreten werden kann.

Es entbehrt leider nicht einer gewissen Ironie, dass eine Konferenz, die zum transdisziplinären wissenschaftlichen Dialog über aktuelle Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit in Kunst und Wissenschaft in Deutschland einlädt, selbst zum Objekt ebendieser Einschränkungen wird. Denn die bereits zugesagte Förderung wurde offenbar nach der Intervention eines Vereins und eines Blogs wieder entzogen.

Wir sehen mit großer Sorge, wie DIG und der Blog Ruhrbarone aggressive rhetorische Angriffe auf Andersdenkende mit diffamierenden Unterstellungen und dem Anspruch absoluter ethischer Überlegenheit verbinden, um damit wissenschaftlichen Austausch einzuschränken. DIG und Ruhrbarone bedienen sich dabei der sogenannten – in der Wissenschaft weithin und nachhaltig kritisierten – Arbeitsdefinition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) bzw. der vom Auswärtigen Amt angenommenen Version. Diese dient inzwischen vielen durch Bundesmittel geförderten Stiftungen sowie der Bundesregierung selbst als institutionalisierte Argumentationsgrundlage. Dabei fokussiert diese „Definition“ die oft verkürzte Interpretation fast allein auf sogenannten „israelbezogenen Antisemitismus“. Dieser Begriff und diese Definition sind in ihrer Gleichsetzung von Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel, dem Judentum und dem Zionismus selbst als antisemitisch kritisiert worden (Veracini 2024; Russell 2025). Die IHRA-Definition impliziert, Kritik am Staat Israel und Antizionismus mit Antisemitismus gleichzusetzen (siehe u.a. BRISMES, 2021; ELSC & BRISMES, 2023).

Das Schutzversprechen dieser Definition steht im krassen Gegensatz zu ihren tatsächlichen Effekten. Genau das zeigt dieser Fall: Bei der Tagung sollten unter anderem auch jüdische WissenschaftlerInnen sprechen, die eine andere Sicht auf den – nach Maßstäben des internationalen Rechts – „mutmaßlichen“ Genozid in Palästina (IGH Advisory Opinions, Januar, März, Mai 2024; AI, 2024; HRW, 2024; IAGS, 2025; etc.) und deutsche Mitverantwortung vertreten, als jene, für die man in DIG und Ruhrbaronen sprechen möchte. Sind jene jüdischen WissenschaftlerInnen keine legitimen jüdischen Stimmen? Sich in Deutschland anzumaßen zu entscheiden, welche jüdischen Sichtweisen gelten und welche nicht, ist schon aus historischen Gründen problematisch. Der um die IHRA-Definition aufgebaute Diskurs leistet dieser Problematik Vorschub und verschließt den Blick vor jüdischer und gesellschaftlicher Diversität (Gould, 2022; Klug, 2023; Gordon, 2024; Riecken, 2024; mit Verweis auf die Jerusalem Declaration of Antisemitism Goldberg/Ullrich/Klug 2021). Der Ko-Autor der Ursprungsversion der IHRA-Definition, Kenneth Stern, hat selbst festgestellt, dass die IHRA-Definition genutzt werde, um pro-palästinensische und jüdische Stimmen zum Schweigen zu bringen (<https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/dec/13/antisemitism-executive-ordertrump-chilling-effect>), wenn sie wie die Holocaustforscher Omer Bartov (<https://jacobin.com/2025/04/bartov-israel-gaza-holocaust-genocide>) und Amos Goldberg (<https://doi.org/10.1080/14623528.2024.2413175>) einen Genozid in Gaza konstatieren oder den Zionismus als eine Form von Siedlungskolonialismus kritisieren. Die Rückforderung der Fördermittel zeigt, wie die IHRA-Definition abweichende jüdische Stimmen und solidarische Perspektiven auf Palästinenser:innen zum Schweigen bringt und bestehende Rassismen verstärkt. Gerade wissenschaftliche Formate wie das Symposium „Zur Kritik der Freiheit und ihrer Repression in liberalen Demokratien“ sind notwendig, um solche Probleme

offen zu diskutieren und das Ethos des ‚Nie wieder‘ durch informierte, komplexe Debatten lebendig zu halten.

Wir fordern deshalb:

- dass die Fördermittel für die Konferenz wie ursprünglich zugesagt zur Verfügung gestellt werden
- dass eine umfassende Aufarbeitung und Klärung der Gründe den Entzug der Fördermittel erfolgt
- dass die Stadt Stuttgart ihre Antisemitismus-Arbeit im Hinblick auf mögliche konzeptionelle und praktische Verbesserungen überprüft.

Wir stehen sehr gerne für einen weiteren Austausch zur Verfügung. Gemäß unserer üblichen Praxis werden wir dieses Schreiben auf unserer Homepage veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sevil Çakır

Sprecherin des DAVO

Gremiums für Wissenschaftsfreiheit

Dr. Nils Riecken

Sprecher des DAVO

Gremiums für Wissenschaftsfreiheit